

A photograph of industrial gas infrastructure, featuring large, curved, metallic pipes and cylindrical tanks. The scene is brightly lit, with strong shadows cast across the metal surfaces. The pipes are arranged in a complex, overlapping pattern, creating a sense of depth and scale. The background shows more industrial structures under a clear sky.

Kein Gas für Krieg

Sieben Sofortmaßnahmen wie Deutschland unabhängig von russischem Gas wird und den Gasausstieg einleitet

Kein Gas für Krieg

Sieben Sofortmaßnahmen wie Deutschland unabhängig von russischem Gas wird und den Gasausstieg einleitet

➔ Kein Geld von Industrie und Staat

Greenpeace ist eine internationale Umweltorganisation, die mit gewaltfreien Aktionen für den Schutz der Lebensgrundlagen kämpft. Unser Ziel ist es, Umweltzerstörung zu verhindern Verhaltensweisen zu ändern und Lösungen durchzusetzen. Greenpeace ist überparteilich und völlig unabhängig von Politik und Wirtschaft. Mehr als 630.000 Fördermitglieder in Deutschland spenden an Greenpeace und gewährleisten damit unsere tägliche Arbeit zum Schutz der Umwelt, der Völkerverständigung und des Friedens.

Mit jedem Kubikmeter fossilem Gas, den wir aus Russland importieren, finanziert Deutschland Putins völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auf die Ukraine. Allein im Jahr 2021 hat Deutschland aus Russland Erdgas im Wert von knapp 8,8 Milliarden Euro importiert. Wegen des rapide steigenden Gaspreises dürften die Einnahmen Russlands aus dem Export im laufenden Jahr stark steigen. Allein im Januar 2022 hat Deutschland nach vorläufigen Zahlen bereits gut eine Milliarde Euro nach Russland überwiesen. Um die finanzielle Unterstützung für den Angriffskrieg der russischen Armee zu beenden, muss Deutschland deshalb die Gasimporte aus Russland so schnell wie möglich beenden.

Im Jahr 2021 kamen 55 Prozent der deutschen Erdgas-Importe aus Russland. Diese Mengen kurzfristig zu ersetzen ist nicht ohne weiteres möglich. Dabei führt - als vorübergehende Notlösung - kein Weg an Gasimporten aus anderen Ländern vorbei. Fossiles Gas ist immer problematisch, weil es die Klimakrise anheizt. Greenpeace fordert einen Gasausstieg bis zum Jahr 2035. Dafür ist ein massiver Umstieg auf erneuerbare Energien, mehr Energieeffizienz und eine deutliche Energieeinsparungen nötig.

Die folgenden sieben Punkte kombinieren kurzfristig wirksame Maßnahmen zur schnellen Reduktion des Gasverbrauchs mit längerfristigen Weichenstellungen für einen vollständigen Gasausstieg, den die Bundesregierung jetzt einleiten muss. Die Maßnahmen beruhen vor allem auf die Greenpeace-Studie "Heizen ohne Öl und Gas bis 2035" für den Gebäudewärme-Sektor. Ergänzt werden sie durch Maßnahmen für den Erdgasausstieg im Strom- und Industriesektor sowie zur Reduktion des allgemeinen Energieverbrauchs.

1. Schrittweises Verbot von Öl- und Gasheizungen

Um den Verbrauch von fossilem Gas zu reduzieren und mittelfristig ganz zu beenden, muss der Staat sofort den Ausstieg aus Öl- und Gasheizungen einleiten. Die Wärmeversorgung des Gebäudebestands muss in Zukunft vollständig auf erneuerbare Quellen beruhen - insbesondere Wärmepumpen, Solarthermie-Anlagen und erneuerbare Wärmenetze spielen dabei eine zentrale Rolle. Folgende Schritte sind dafür nötig:

- **Sofortiger Stopp der Förderung von Gasheizungen**
Bei der Bundesförderung für effiziente Gebäude dürfen ab sofort keine Fördergelder mehr in Gashybrid-Heizungen oder Gas-Brennwertheizungen mit dem Label "renewable ready" fließen. Die Förderung darf ausschließlich für vollständig erneuerbare Wärmetechniken, insbesondere Wärmepumpen und Solarthermie, sowie den Bau und den Anschluss an erneuerbare Wärmenetze vergeben werden.
- **Sofortiges Einbauverbot für Öl- und Gasheizungen in Neubauten**
In Neubauten dürfen ab sofort keine Öl- oder Gasheizungen mehr eingebaut werden.

- **Vollständiges Einbauverbot für Öl- und Gasheizungen ab 2024**
Ab dem Jahr 2024 muss der Einbau von Öl- und Gasheizungen auch bei der Heizungserneuerung in Bestandsgebäuden vollständig verboten werden.
- **Ausstiegsgesetz für bestehende Öl- und Gasheizungen bis 2035**
Ein Ausstiegsgesetz muss Gebäudeeigentümer:innen schrittweise zum Austausch bestehender Öl- und Gasheizungen verpflichten. Bis zum Jahr 2027 müssen alle Anlagen ausgetauscht werden, die vor dem Jahr 2000 eingebaut wurden, bis 2030 alle Anlagen, die vor 2010 eingebaut wurden, bis 2035 alle verbleibenden Anlagen.

2. Ausbauoffensive für Wärmepumpen und Solarthermie

Um Öl- und Gasheizungen in privaten Haushalten zu ersetzen, muss der Zubau von Wärmepumpen und Solarthermie-Anlagen stark beschleunigt werden. Dafür ist ein verbessertes Förderprogramm sowie Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für Handwerker:innen und Energieberater:innen nötig.

- **Einbau von 500.000 Wärmepumpen und drei Millionen Quadratmeter Solarthermie im Jahr 2022**
Bis zum nächsten Winter müssen bundesweit 500.000 Wärmepumpen und drei Millionen Quadratmeter Solarthermie-Anlagen eingebaut werden.
- **Einbau von zwölf Millionen Wärmepumpen und 70 Millionen Quadratmeter Solarthermie bis 2035**
Bis zum Jahr 2035 müssen insgesamt zwölf Millionen neue Wärmepumpen und 70 Millionen Quadratmeter Solarthermie-Anlagen eingebaut werden. Dafür ist eine staatliche Förderung in Höhe von jährlich vier Milliarden Euro nötig.

3. Beschleunigung der Gebäudesanierung

Die energetische Sanierung der Gebäude in Deutschland mit ökologischen Dämmmaterialien muss stark beschleunigt werden. Das reduziert den Energieverbrauch der Gebäude und erleichtert den Ausstieg aus Öl- und Gasheizungen.

- **Eine Million kostenlose Gebäudesanierungsfahrpläne**
Die Bundesregierung finanziert kurzfristig die Erstellung von einer Million kostenloser Fahrpläne zur Gebäudesanierung. Diese müssen darauf ausgerichtet sein, dass die Gebäude langfristig mindestens die Effizienzklasse B erreichen.
- **Einführung einer Sanierungspflicht für energetisch ineffiziente Gebäude**
Für energetisch ineffiziente Gebäude wird eine Sanierungspflicht eingeführt. Bis 2030 müssen alle Gebäude die Effizienzklasse D erreicht haben, bis 2035 mindestens Klasse C und bis 2040 mindestens Klasse B.

- **Förderprogramm zur Steigerung der Gebäudesanierung auf jährlich drei Prozent**
Die Bundesförderung für effiziente Gebäude wird so weiterentwickelt, dass jährlich drei bis vier Prozent aller Gebäude nach ökologischen Kriterien energetisch saniert werden. Dafür nötig ist eine jährliche staatliche Förderung in Höhe gut 15 Milliarden Euro.

4. Wärmenetze ausbauen und dekarbonisieren

Nah- und Fernwärmenetze müssen gleichzeitig stark ausgebaut werden und auf erneuerbare Energien (Großwärmepumpen, Solarthermie, tiefe Geothermie) sowie die Nutzung unvermeidlicher Industrie-Abwärme umgestellt werden.

- **200.000 neue Netzanschlüsse an Wärmenetze im Jahr 2022**
Bis zur nächsten Heizperiode müssen 200.000 Haushalte an bestehende Nah- und Fernwärmenetze angeschlossen werden. Bis 2035 müssen insgesamt drei Millionen neue Hausanschlüsse realisiert werden.
- **Verpflichtende Erstellung kommunaler Wärmepläne**
Kommunen sind verpflichtet eine integrierte Wärmeplanung zu erstellen. Sie muss den Ausbau der Nah- und Fernwärme mit dem schrittweisen Verbot von Öl- und Gasheizungen verbinden. Die Kommunen werden verpflichtet die Wärmeplanung noch bis zum Sommer 2022 in Auftrag zu geben.
- **Beschluss eines Erneuerbare-Wärmenetze-Gesetzes**
Die Bundesregierung beschließt ein Erneuerbare-Wärmenetze-Gesetz. Das Gesetz soll
 - die Dekarbonisierung der Wärmenetze und vollständig Versorgung aus Erneuerbaren Quellen bis 2035 vorschreiben
 - zum Ausbau der Wärmenetze auf 30 Prozent des Endenergiebedarfs der Gebäude bis 2035 verpflichten
 - die Entwicklung hin zu Niedertemperatur-Netzen regulieren.
- **Aufstockung der Förderung für erneuerbare Wärmenetze**
Die Förderung für erneuerbare Wärmenetze muss auf jährlich 7,5 Milliarden Euro erhöht werden. Sie muss den Ausbau erneuerbarer Erzeugungsanlagen (Groß-Wärmepumpen, Solarthermie, Geothermie etc.) sowie von Leitungen und den Anschluss von Häusern an Wärmenetze fördern.

5. Eine große Energiespar-Kampagne

Energieeinsparung und verbesserte Energieeffizienz bieten riesige Potentiale zur kurzfristigen Reduktion des Gasverbrauchs. So kann eine Temperaturabsenkung um ein Grad Celsius den Energiebedarf von Gas- und Ölheizungen um sechs Prozent reduzieren.

- **Öffentliche Informations- und Beratungskampagne**
Die Bundesregierung sollte eine große öffentliche Informations- und Beratungskampagne mit sofort umsetzbaren Energiespartipps beginnen. Dazu gehören beispielsweise die Absenkung der Raumtemperatur, intelligentes Lüften, Abschaltung unnötiger Elektrogeräte etc. Die Kampagne wird unterstützt mit kostenlosen, digitalen Heizkosten- und Stromsparchecks.
- **Energiespargutscheine**
Ausgabe von unbürokratischen Energiespargutscheinen an Privathaushalte und kleine und mittlere Unternehmen für niedrig-investive Energiesparmaßnahmen, wie zum Beispiel die Isolierung von Heizungsrohren, oder intelligente Thermostate.

6. Erdgasausstieg in der Stromerzeugung

Damit der Ausstieg aus Erdgas im Stromsektor gelingen kann, ist ein massiv beschleunigter und naturschutzgerechter Ausbau der Wind- und Solarkraft notwendig um das Ziel von 80 Prozent Ökostrom bis 2030 erreichen zu können. Bisher geht die Bundesregierung von einem Strombedarf von 715 TWh im Jahr 2030 aus. Dieses Ziel muss deutlich erhöht werden, da sauberer Strom jetzt noch schneller russisches Gas ersetzen muss.

- **Sofortiger Stopp der KWK-Förderung für fossiles Gas**
Das Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz (KWK-Gesetz) muss so reformiert werden, dass es eine Förderung von erdgasbefeuerten Anlagen ausschließt..
- **Volllaststunden-Begrenzung für Gaskraftwerke**
Volllaststunden für fossile Gaskraftwerke, die nur der Strombereitstellung dienen, müssen begrenzt werden. Sie sollen nur zur Absicherung für erneuerbaren Strom dienen und nicht für die Bereitstellung einer sogenannten Grundlast eingesetzt werden.
- **Verbindlicher Gasausstieg bis 2035**
Bis 2035 wird die Verstromung von fossilem Gas vollständig beendet. Die Betriebsgenehmigungen für Gaskraftwerke werden im Einklang mit diesem Ziel begrenzt.

7. Erdgasausstieg in der Industrie

35 Prozent der Industrieprozesse ohne fossiles Gas zu befeuern, ist herausfordernd. Um russisches Gas vollständig ersetzen zu können, sind einerseits klug geplante Effizienz- und Einsparmaßnahmen nötig und andererseits der schnelle Umstieg auf erneuerbare Energiequellen.

- **Förderprogramm direkte Elektrifizierung: Großwärmepumpen und Elektrodenkessel**

Der Staat muss die Elektrifizierung der industriellen Prozesswärme mit einem gezielten Förderprogramm beschleunigen. Große Wärmepumpen können, genau wie in Wärmenetzen, in Industrieprozessen eingesetzt werden. Prozesstemperaturen bis 200 °C können sie gut erreichen und lassen sich mit großer Solarthermie und Windkraft kombinieren. Bei höheren Prozesstemperaturen kommen Elektrodenkessel zum Einsatz, die mit erneuerbarem Strom laufen.

- **Einsparpotenziale nutzen: Energieeffizienz steigern**

Wie im Gebäudesektor ist mangelnde Isolation auch im Industriesektor eine Schwachstelle. An freiliegenden Armaturen und Rohrleitungen geht beispielsweise viel Wärme verloren. Ein entsprechendes Programm, muss Unternehmen bei der Reduktion dieser Wärmeverluste unterstützt.

- **Schneller Ausbau grüner Wasserstoff**

In etlichen Industrieprozessen werden grüner Wasserstoff und Folgeprodukte davon, wie beispielsweise Ammoniak, eine zentrale Rolle spielen. Kurzfristig muss ein umfassendes Programm umgesetzt werden, dass die Wasserstofferzeugung aus Erneuerbarer Energie beschleunigt. Derzeit werden Erneuerbare Anlagen gerade in Produktionsspitzenzeiten heruntergefahren, statt Energie in grünen Wasserstoff umzuwandeln. Greenpeace fordert die Erhöhung der Kapazität der Elektrolyseur-Leistung auf 10 Gigawatt bis 2030.